

Entwicklung in China und Indien — ein Vergleich

I

Im 19. Jahrhundert, und auch noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, wurde die politische Landschaft unserer Welt von Europa geprägt. Bereits im 1. Weltkrieg gab es Zeichen dafür, daß sich das politische Einflußmonopol nach den Vereinigten Staaten von Amerika verlagern würde. Nach dem 2. Weltkrieg etablierten sich zwei Machtpole, Moskau und Washington. Damit war für bevölkerungsschwache Staaten endgültig die Zeit abgelaufen, in der Weltgeschichte noch eine dominierende Rolle zu spielen. Folgerichtig mußte Asien in den nächsten Jahrzehnten eine größere politische Rolle zufallen. Asien ist der volkreichste Kontinent, in dem seit Ende des 2. Weltkrieges große Veränderungsprozesse begonnen haben. Ereignisse wie die Unabhängigkeit des indischen Subkontinents, die erfolgreiche kommunistische Revolution in China, der Koreakrieg, die französische Niederlage in Indochina, der expansive Wirtschaftsaufstieg Japans, der indisch-chinesische Grenzkonflikt, der Vietnamkrieg und die jüngsten Auseinandersetzungen an der russisch-chinesischen Grenze sind kennzeichnend für die sich in Asien anbah-

nenden Veränderungen. Das politische Gesicht Asiens wird weitgehend von zwei Ländern bestimmt, von der Welt größten Demokratie Indien und vom sozialistischen China. Ein Vergleich zwischen Indien und China drängt sich nicht nur deshalb auf, weil diese beiden menschenreichsten Länder auf sehr unterschiedliche Weise bestrebt sind, ihre Gesellschaft und die machtpolitischen Strukturen zu verändern, sondern auch deshalb, weil jeder 5. Erdbewohner ein Chinese und jeder 7. ein Inder ist.

Indien wurde im August 1947 nach der Teilung des einstigen Britisch-Indien in die Indische Union und die islamische Republik Pakistan unabhängig. In der Indischen Union lebten damals 350 Millionen Menschen, heute bereits zwischen 510 und 530 Millionen. Zwar hatte es in Indien eine Unabhängigkeitsbewegung, gegeben, die nach 1920 durch den Indischen National-Kongreß unter Einfluß *Gandhis* die Massen zu mobilisieren vermocht hatte. Aber diese Unabhängigkeitsbewegung hatte keine sozio-politischen oder sozioökonomischen Perspektiven, nur eine juristische. So wurde die Unabhängigkeit nicht erkämpft, die unrechtmäßige Fremdherrschaft nicht durch Kampf beendet, sie wurde vielmehr im britischen Parlament beschlossen, und die politische und verwaltungsmäßige Macht einer indischen Führungsgruppe übertragen. Diese neue indische Führung wählte als politische Organisationsform die parlamentarische Demokratie, übernahm die im 2. Weltkrieg bewährte Britisch-Indische Armee und auch den Verwaltungsapparat, der seine Effizienz in dem im Auftrage der Kolonialherren geführten Kampf gegen die Unabhängigkeitsbewegung und damit gegen die nun an die Macht gelangte indische Führungsgruppe unter Beweis gestellt hatte. Als Folge der Teilung des Landes strömten 8 Millionen Flüchtlinge aus den Pakistan bildenden Landesteilen nach Indien. Schon bald nach der Teilung brach zwischen Indien und Pakistan ein bewaffneter Konflikt um Kaschmir aus. Erschwerend für die Staatssituation war außerdem, daß die Bevölkerung rapide, jährlich um 2 bis 2,5 % wuchs, daß 85 bis 90 % der Bevölkerung Analphabeten waren, daß sich das Pro-Kopf-Einkommen auf jährlich 64 Dollar belief, sowie das Bestehen einer veralteten und wenig dynamischen Sozialstruktur, die Menschen eher apathisch machend als zur Eigeninitiative anspornend, eine Sozialstruktur, die die über 200 Jahre andauernde Fremdherrschaft erst ermöglicht hatte und während dieser Zeit noch mehr demoralisierende Züge entwickelte. Andererseits hatte die Unabhängigkeitsbewegung in der Bevölkerung die Hoffnung auf einen besseren Lebensstandard geweckt, denn die politische Führung hatte die Misere in Indien allein auf die koloniale Ausbeutung zurückgeführt. Für die Erfüllung dieser Erwartungen bestand angesichts der sozialen Perspektivlosigkeit der neuen Führung keine Chance. De facto wurde die von der Kolonialverwaltung konzipierte Wirtschafts- und Erziehungspolitik weitergeführt. Auch die Proklamation, eine sozialistische Gesellschaft anzustreben, änderte nichts an der Tatsache, daß die Struktur der Verwaltungs- und Machtausübung unverändert blieb. So etwa sah die Startsituation der Indischen Union nach einer nach 200 Jahren beendeten Kolonialherrschaft aus.

II

China befand sich in keiner besseren Lage, die dort anstehenden Probleme waren nicht weniger schwierig. Zunächst hatten die Kommunisten und die *Kuomintang* gemeinsam gegen die japanische Besatzung gekämpft. Nach der japanischen Niederlage brach in China der Bürgerkrieg aus, in dessen Verlauf das herrschende Kuomintangregime mit seinem Verwaltungsapparat zerschlagen wurde. Der in der Mandschurei begonnene lange Marsch *Mao Tse-tungs* führte 1949 zur endgültigen Niederlage *Tschiang Kai-scheks*. Nach der erfolgreichen Revolution mußte die Verwaltung völlig neu aufge-

baut werden, auf die traditionellen Verwaltungskader wurde dabei nicht zurückgegriffen. Partei und Armee sahen sich einer Bevölkerung von 500 Millionen gegenüber, die eher noch ärmer als die indische war und ebenfalls jährlich um 2,5 % wuchs. Die alte Sozialstruktur und die der Apathie verfallene Masse waren äußerst ungünstige Voraussetzung für einen konstruktiven wirtschaftlichen Aufbau. Resignation und die Sucht nach Opium waren in dieser Zeit die hervorstechendsten Eigenschaften der chinesischen Bevölkerung. Zudem standen Partei und Armee vor dem eigenen Problem, sich auf die neue Aufgabe, der Entwicklung des Landes, umstellen zu müssen. Orientierungshilfe dafür lieferten die von den Ostblockstaaten gemachten Erfahrungen. Unmittelbar nach der Machtübernahme hatte die neue chinesische Führung Nordkorea materiell unterstützt, was eine außerordentliche Belastung bedeutete, aber zugleich manifestierte, daß sie über eine soziale und politische Perspektive verfügte.

Zu Beginn ihrer neuen Geschichte standen Indien und China also vor ähnlich schwierigen und in der Dimension ähnlich großen Problemen, die nur dann gelöst werden konnten, wenn es gelang, die Bevölkerung aus der Resignation herauszureißen und die alte Sozialstruktur zu verändern. Nur dann bestand Aussicht, den Wettlauf mit dem Bevölkerungszuwachs zu gewinnen und die Hoffnungen auf ein besseres Leben zu befriedigen. Indien und China wählten für die Bewältigung ihrer so ähnlichen Probleme sehr unterschiedliche Methoden. Dadurch gerieten sie in den Mittelpunkt der vergleichenden Betrachtung, woraus sich ein an sie von außen herangetragenener Wettkampf der Systeme entwickelte. Auch deshalb verfolgte die übrige Welt die Entwicklung in diesen beiden Ländern so aufmerksam, weil man eventuell Aufschluß darüber zu erhalten hoffte, ob sich das eine oder das andere System als Modell für die Überwindung von wirtschaftlicher und sozialer Rückständigkeit für andere Länder der Dritten Welt besser eignen würde. Ich meine, daß bei dieser vergleichenden Betrachtung des indischen und des chinesischen Weges oft übersehen wurde, daß für Erfolg oder Mißerfolg nicht allein die unterschiedlichen Systeme eine Rolle spielten, sondern in nicht geringem Maß die Effizienz der politischen Führung und nicht zuletzt auch deren moralische Integrität. Nach zwei Jahrzehnten der Entwicklung müßte interessant sein zu analysieren, was in den beiden Ländern zum Mißerfolg und was zum Erfolg geführt hat.

III

Die neue politische Führung Indiens kam sehr bald zu dem Entschluß, sich aus den ideologischen und machtpolitischen Auseinandersetzungen zwischen den östlichen Volkdemokratien und den westlichen kapitalistischen Demokratien herauszuhalten. Für ein Land wie Indien, das sich noch weit vor der Schwelle zur Industrialisierung befand, waren ideologische Streitereien völlig irrelevant. Die indische Führung wollte sich allein darauf konzentrieren, den Menschen das Existenzminimum zu sichern und durch wirtschaftliche Entwicklung zu einem gewissen Wohlstand zu führen. Mithin kamen für Indien Bündnisse mit dem einen oder dem anderen Block nicht in Frage. Innenpolitisch übernahm Indien jedoch die kapitalistisch-demokratische Ordnung. Man bemühte sich, mit einem Minimum an Zwang und einem Maximum an persönlicher Freiheit, die Bevölkerung umzuerziehen und die gesellschaftliche Struktur zu verändern. Der indische Standpunkt war, daß Veränderungen durch Überzeugen auf lange Sicht wirksamer sein müßten als Veränderungen durch Zwang. Überhaupt spielte die Erörterung der Frage des Zwangs in der damals in Indien ausgetragenen politischen Diskussion eine große Rolle, was sich aus der Tatsache erklärt, daß die neue indische Führung fast ausnahmslos im Westen ausgebildet worden war, ihnen daher diese ideologische Frage wich-

tig erschien. Indiens Entscheidung für die demokratische Grundordnung brachte Indien in der westlichen Welt großes außenpolitisches Prestige ein. Auch die Politik der *Bündnislosigkeit* wurde nach anfänglichem Unbehagen von beiden Machtblöcken im Zeichen des kalten Krieges akzeptiert.

China war dagegen schon allein auf Grund seiner Idee von der Revolution von Anfang an auf Bündnisse festgelegt, wobei für China eine Wahl zwischen den beiden Bündnissystemen gar nicht bestand. Innenpolitisch wählte China den Weg des optimalen Zwangs, westliche demokratische Spielregeln hielt die chinesische Führung für reaktionäre Spielereien. Man versuchte nicht nur, das Land durch Zwang zu stabilisieren, sondern auch die Menschen von Grund auf umzuerziehen. Die chinesische Maxime hieß, schnelle und wirksame Umerziehung, das Ausmaß des Zwangs bildete kein Kriterium. Die chinesische Führung war sich von Beginn an darüber im klaren, daß anstelle der überkommenen alten, neue Wertvorstellungen eingeführt werden müßten, um die bisherige egoistische Motivation des Menschen als Leistungsansporn umzustrukturieren, in Zukunft sollte der Gemeinsinn den Platz von Egoismus und Profitstreben als Leistungsansporn einnehmen.

In Indien hielt man an der herkömmlichen Methode der *Erziehung* fest. Die von dem Kolonialregime hinterlassenen Erziehungsinstitutionen wurden ausgebaut und die im Westen übliche Erwachsenenbildung neu eingeführt. Auch die sozialen Werte, die für das Erziehungsziel eine tragende Rolle spielen, blieben in Indien dieselben wie vor der Unabhängigkeit. Der Versuch, die sozialen Werte neu zu überdenken, wurde nicht gemacht, obwohl es gerade diese Werte gewesen waren, die diesem großen Land eine 200jährige Kolonialherrschaft beschert hatten. Niemand in Indien machte sich Gedanken darüber, ob die alten sozialen Werte in einem modernen Indien überhaupt noch Platz haben könnten. Diese fehlende Analyse verführte die politische Führung zu der Annahme, daß eine quantitative Erhöhung der Erziehungsinstitutionen und die Erfassung der breiten Bevölkerung automatisch die Modernisierung des Landes bringen würden.

Für seine *Wirtschaftsplanung* übernahm Indien das kapitalistische System. Ungerechte Besitzverhältnisse wurden praktisch nicht angetastet. Privateigentum von Grund und Boden sowie von Produktionsmitteln wurde grundsätzlich bejaht. Die Ansätze einer Bodenreform blieben durch trickreiche Umschreibungen sowie durch Kompensationszahlungen an die Kleinbauern ohne Wirkung. Der Besitz an den Produktionsmitteln erhielt zwar eine staatliche Konkurrenz, änderte aber nichts an den Profitmöglichkeiten der Großunternehmer und daher auch nichts an deren Möglichkeit der Einflußnahme auf die gewählten Vertreter des Volkes. Die Finanzplanung errechnete ein riesiges Kapitaldefizit, so daß ausländisches Kapital von Anfang an eingeplant wurde. Dieser Finanzplanung lag der Richtsatz zugrunde, daß für die Produktion drei Faktoren notwendig seien, nämlich Material plus Arbeit plus Kapital. Die in westlichen Wirtschaftstheorien denkenden indischen Planungskräfte übernahmen schematisch die in den Industrieländern üblichen Proportionen dieser drei Wirtschaftsfaktoren. Mithin erschien angesichts der Armut der breiten Bevölkerung und der daraus folgenden Sparunfähigkeit Kapitalhilfe von außen als der einzige Ausweg. Die Möglichkeit, durch ausländische Kapitalhilfe abhängig zu werden, wurde zwar diskutiert, aber die indische Regierung gab sich der Illusion hin, durch vertragliche Vereinbarungen ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit bewahren zu können. Indien erhielt von den Industrieländern beider Blöcke Kapitalhilfe, was es vor allem seiner Politik der Bündnislosigkeit zu verdanken hatte. 1951 lief der erste indische Fünfjahresplan an. Seit dieser Zeit verhandeln indische Wirtschaftsdelegationen in regelmäßigen Abständen in den Industrieländern, um das indische Kapitaldefizit durch Auslandskredite zu decken. Bisher hat Indien in absoluten Zahlen die meisten Auslandskredite unter allen Entwicklungsländern erhalten.

Es ist nicht bekannt, ob auch die chinesische Führung ähnliche Analysen über ihren Kapitalbedarf angestellt hat. Eine Tatsache ist, daß China nicht im ausreichenden Maß über Kapital verfügte, da die Kapitalakkumulation eines Landes immer abhängig ist von der Sparfähigkeit der breiten Bevölkerung. Und die chinesische Bevölkerung war mehr als arm. Tatsache ist auch, daß China für seinen wirtschaftlichen Aufbau ausländische Kapitalhilfe nicht von Anfang an einplante. China hatte sowieso nur die eventuelle Aussicht auf Wirtschaftshilfe von den Industriestaaten des Ostens, die selbst nicht über das Potential verfügten, das chinesische Defizit zu decken. Vielleicht kamen hier auch die Erfahrungen zum Tragen, die die kommunistische Partei Chinas schon im Umgang mit den sozialistischen Brüdern hatte sammeln müssen. Bereits in den zwanziger Jahren hatte es ideologische Auseinandersetzungen wegen der Vorstellungen Mao Tse-tungs mit der russischen kommunistischen Partei gegeben. Schließlich hatte Sowjetrußland, wenn nicht stillschweigend gebilligt, so doch mit Sicherheit die Vernichtung des chinesischen kommunistischen Kaders in Kanton geduldet. Bis 1949, also bis zum endgültigen Sieg der kommunistischen Revolution, hatte Sowjetrußland eher auf Tschiang Kai-schek als auf Mao Tse-tung gesetzt. All dies zwang die chinesische Führung, nach einer neuen Methode den wirtschaftlichen Aufbau zu versuchen. Der Faktor Material konnte durch nichts anders ersetzt werden, aber die Faktoren Arbeit und Kapital waren durchaus variierbar¹⁾. China entwickelte eine chinesische Formel für die Produktion, nämlich Material plus Arbeit plus Arbeit. Zwar erhielt China, wenn auch zögernd, sowohl Kapitalkredite als auch technische Hilfe von Sowjetrußland und einigen anderen osteuropäischen Ländern bis 1957, als es zum endgültigen ideologischen Bruch zwischen China und der Sowjetunion kam. Seit 1960 arbeiten in China auch keine ausländischen technischen Experten mehr, denn Sowjetrußland zog seine in China arbeitenden Experten ohne Vorankündigung ab.

IV

Wenn vor diesem Hintergrund eine Bilanz der Erfolge und Mißerfolge in den beiden Ländern aufgestellt werden soll, dann muß vorausgeschickt werden, daß ein solcher Vergleich aus zumindest zwei Gründen schwierig ist. Erstens ist ein Vergleich immer nur punktuell möglich, d. h. er zeigt nur, wie es heute aussieht, nicht, wie es vor zehn Jahren aussah oder etwa in weiteren zehn Jahren aussehen wird, denn der punktuelle Vergleich läßt die langfristigen Planungen außer acht. Zweitens ist es äußerst schwierig, der veröffentlichten Literatur objektive empirische Daten zu entnehmen, da diese Schriften von ideologischer Beeinflussung meist nicht frei sind. Als wohl noch am ehesten zuverlässig können die veröffentlichten Wirtschaftsstatistiken angesehen werden.

Innenpolitisch sind sowohl China als auch Indien *stabil* geblieben. In beiden Ländern hat es keine Umsturzversuche durch das Militär gegeben, obwohl in China zwangsläufig Spannungen zwischen dem Militär und dem Parteikader auftreten mußten und immer noch vorhanden sind. In beiden Ländern sind noch dieselben politischen Parteien an der Macht. Indien hat bereits seinen dritten Ministerpräsidenten gewählt, also die Nagelprobe des Führungswechsels schon bestanden, die China noch zu bestehen hat. Obwohl aus China Nachrichten nur spärlich herausgelangen und dann noch meist ideologisch ge-

1) Die Relation zwischen Kapital und Arbeit ist deshalb variierbar, weil Kapital den Einsatz von Werkzeugen und Anlagegütern ermöglicht, wodurch die Effizienz der Arbeit steigt. Diese Werkzeuge und Anlagegüter sind zuvor durch den Einsatz von Arbeit und Material geschaffen worden. Daraus folgt, daß durch höheren Einsatz des Faktors Arbeit sich die Relation zwischen Arbeit und Kapital zugunsten des Faktors Arbeit verändern läßt, wenn auch auf Kosten der Effizienz. Theoretisch läßt sich eine wirtschaftliche Entwicklung bei Vorhandensein von Arbeit und Material ohne Kapitaleinsatz denken, wie es historisch bei der Entstehung der modernen Wirtschaften der Fall war, wo die Handwerker und Verlagsunternehmer durch Ausbeutung des Faktors Arbeit Kapital akkumulierten, um damit das Handwerkszeug und die Geräte zu kaufen, die sich im eigenen Produktionsbereich effizienzsteigernd verwenden ließen.

färbt sind, scheint sicher zu sein, daß innerhalb der kommunistischen Partei Richtungskämpfe und große Auseinandersetzungen stattfanden, die aber der Autorität Mao Tse-tungs nicht geschadet, sondern sie gestärkt zu haben scheinen. Zwar hat sich der letzte Parteitag auf *hin Piao* als den Nachfolger Mao Tse-tungs festgelegt, aber zweifelhaft bleibt doch, ob es Lin Piao gelingen wird, die große Autorität Mao Tse-tungs zu erreichen. Selbst die Ereignisse der Kulturrevolution haben gezeigt, daß die kommunistische Partei Chinas keineswegs ein monolithischer politischer Block ist. Durch die Kulturrevolution sollte versucht werden, einen Weg aus dem alten Dilemma zu finden, daß ein straff organisiertes Einparteiensystem zur Macht- und Privilegmonopolisierung des höheren Kaders führt, weil die Kontrolle von unten praktisch ausgeschlossen ist.

In Indien gibt es etliche Zeichen dafür, daß seine Stabilität sehr schnell in Unstabilität und in einen Prozeß der Balkanisierung umschlagen könnte. Vor der Unabhängigkeit gab es nur den indischen Nationalkongreß, der mehr eine Plattform für politische Aktionen als eine Partei war. Alle heute bestehenden Parteien sind in der Tat aus dem indischen Nationalkongreß hervorgegangen. Machtpolitische Auseinandersetzungen führten zu Spaltungen und Neugründungen. Bis zum heutigen Tag gibt es nur zwei wirklich überregionale Parteien, den Kongreß und die kommunistische Partei. Die kommunistische Partei hat sich gespalten, zunächst in zwei Lager, kürzlich in drei. Indien hat zudem sein Sprachproblem, das den stärksten Keim der Instabilität in sich trägt. Bisher ist es nicht gelungen, die in Indien meistgesprochene Sprache, Hindi, als Staatssprache durchzusetzen. In den übrigen Sprachräumen ist Englisch die Amtssprache. Ein weiterer Instabilitätsfaktor ist das demokratische Mehrparteiensystem. Zum erstenmal in der Geschichte konnte bei den vorletzten Wahlen eine kommunistische Partei auf parlamentarischem Weg in einem Bundesstaat, Kerala, an die Macht gelangen. Wie nicht anders zu erwarten, entstanden Spannungen zwischen der kommunistischen Regierung Keralas und der Zentralregierung in Delhi. In Kerala brach Chaos aus, worauf der indische Präsident auf Empfehlung der Zentralregierung von dem ihm in der Verfassung gewährten Recht Gebrauch machte und die kommunistische Regierung absetzte. In den darauf folgenden Nachwahlen — nach der indischen Verfassung darf die Verwaltung durch den Präsidenten nicht unbegrenzt fortgesetzt werden — bildete eine antikommunistische Koalition die Landesregierung, obwohl die kommunistische Partei in den Nachwahlen an Wählerstimmen gewonnen hatte. Nach den letzten Wahlen sind in Kerala wieder die beiden großen kommunistischen Parteien an der Regierung. Ähnliches wiederholte sich auch in Westbengalen nach den letzten allgemeinen Wahlen. In den Nachwahlen erlitt die Kongreßpartei in Westbengalen eine vernichtende Niederlage. Wieder kam es zur linken Koalitionsregierung, die eine Dreiviertelmehrheit im Landesparlament besaß. Diese aus 16 Parteien gebildete Koalitionsregierung ist durch den Rücktritt des vom Bangla-Kongreß — einer vor den letzten allgemeinen Wahlen unter Protest aus dem Kongreß ausgetretenen Gruppe — gestellten Ministerpräsidenten gescheitert. Der Gouverneur von Westbengalen erteilte dem Führer der (linkskommunistischen) CPM den Auftrag zur Regierungsneubildung, der nicht erfüllt werden konnte, obwohl CPM und CPI (nach Moskau orientierte indische KP) über eine Mehrheit im Landesparlament verfügen. Auch Westbengalen steht nun unter Verwaltung des Präsidenten. Innerhalb von sechs Monaten muß er in Übereinstimmung mit der Zentralregierung entscheiden, ob das Land weitere sechs Monate unter seiner Verwaltung bleiben soll oder Neuwahlen ausgeschrieben werden. Wenn dieser Prozeß der Absetzung von linken Regierungen zur Regel würde, dann bestände die Gefahr, daß die linken Parteien nicht auf parlamentarischen Boden weiterarbeiten und sich revolutionieren.

Die dritte kommunistische Partei hat sich bereits für diesen Weg entschieden. Vieles deutet darauf hin, daß erst nach den 1972 stattfindenden allgemeinen Wahlen gesagt

werden kann, ob die bisherige innenpolitische Stabilität auch weiterhin erhalten bleiben kann. Möglicherweise werden Beurteilungskriterien der indischen innenpolitischen Stabilität bereits vor den nächsten allgemeinen Wahlen gefunden werden können. Die jetzige Auflösung des Parlaments in Westbengalen beruht nicht auf so festem Fundament wie vor sieben Jahren. Der Machtkampf zwischen dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten, *Indira Gandhi*, und ihrem inzwischen abgelösten Stellvertreter, *Morarji Desai*, hat bereits zu einer Spaltung des indischen Nationalkongreß im Parlament geführt. Ohne die Unterstützung durch die Linksparteien im Zentralparlament kann der Ministerpräsident keine Mehrheit mehr finden. In dem Augenblick, wo sich die Linksparteien jedoch über strittige Punkte einigen, verliert der Ministerpräsident im Zentralparlament die Mehrheit. Was dann geschieht, ist schwer vorauszusagen.

V

Indien hat die große *Armut* seiner Bevölkerung nicht überwinden können, das war bei einer Zuwachsrate der Wirtschaft von 3 bis 4 % und einer Zuwachsrate der Bevölkerung von 2 bis 2,5 % nicht möglich. Die Masse der indischen Bevölkerung ist seit der Unabhängigkeit absolut gesehen noch ärmer geworden, denn aufgrund der bestehenden Sozialstruktur kommt der erzielte wirtschaftliche Fortschritt nur einer kleinen Minderheit zugute. In Indien funktioniert weder die Verteilung des Wirtschaftswachstums, noch sind für die nähere Zukunft Ansätze für ein besseres Verteilungssystem zu erkennen. Dieses Nichtfunktionieren hat seine Ursache nicht in einem Mangel an Organisations-effizienz, sondern darin, daß die bestehende Herrschaftsstruktur einen blühenden Schwarzmarkt ermöglicht. Lebensmittel werden eher vernichtet als zu einem niedrigen Preis auf den Markt gebracht. Da die Parteien Gelder für ihre Wahlkämpfe brauchen und an dem überregionalen Schwarzmarktsyndikat auch diejenigen beteiligt sind, die die Parteien finanzieren und so Einfluß auf Parteien und Regierung nehmen, ist ein gerechteres Verteilungssystem nicht zu erwarten. Seit 1947 führt Indien 8 % seines Lebensmittelbedarfs aus Amerika in Form von Weizen ein. Dieser Weizen wird nur auf amerikanischen Schiffen transportiert — die Kosten des Transports sind in harter Währung zu zahlen —, obwohl Indien eine leistungsfähige Handelsflotte besitzt. Der Weizen selbst wird in indischer Währung bezahlt. Das hat dazu geführt, daß bereits 40 % der indischen Währung von der amerikanischen Regierung kontrolliert wird. Auf der anderen Seite gibt selbst die indische Regierung zu, daß 10 % der gesamten indischen Getreideernte von Ratten aufgefressen wird und weitere 10 % durch die schlechte Lagerung verdirbt. Es gibt aber kein Programm für die Rattenvertilgung oder etwa Pläne für die Errichtung von besseren Lagerräumen. Indien hat eine Inlandsverschuldung von etwa 63 Md. Rupies und eine Auslandsverschuldung von 54 Md. Rs. (eine Rupie entspricht 14 US-Cents). Die indische *Handelsbilanz* ist passiv geblieben. 1951 belief sich das Defizit noch auf 497 Mill. Rs., 1960 auf mehr als 5 Md.

Chinas Handelsbilanz ist dagegen seit 1966 aktiv. China erzielt erhebliche Überschüsse, jährlich etwa 1,5 Md. Dollar. China hat keine Auslandsschulden. Selbst die durch den Koreakrieg verursachten und die durch die sowjetische Wirtschaftshilfe bedingten Verschuldungen sind bereits 1963, einschließlich der Zinsen, getilgt worden. Bei der gleichen Zuwachsrate seiner Bevölkerung wie in Indien hat China eine durchschnittliche Zuwachsrate seines Nationaleinkommens von 21,9 % erzielt, wie aus Dokumenten der Vereinten Nationen hervorgeht²⁾. Diese erstaunliche Zuwachsrate konnte China

2) UN, Yearbook of National Accounts and Statistics, New York 1963; ECAFE, Economic Survey of Asia and Far East, Bangkok 1964; UN Statistical Yearbook, New York 1964.

hauptsächlich durch die rasche Entwicklung des Industriesektors möglich machen, denn auf dem Agrarsektor betrug die Zuwachsrates nur 4,5 %. China hat ein Lebensmitteldefizit von etwa 3 %, ist aber nicht in der mißlichen Lage, seine Nahrungseinfuhr durch Kredite finanzieren zu müssen. China bezahlt in harter Währung. Nach den übereinstimmenden Berichten, auch der ideologischen Gegenseite, steht fest, daß in China niemand mehr unter dem Existenzminimum leben muß. Der durchschnittliche Kalorienverbrauch belief sich, selbst in der schwierigen Periode des großen Sprungs, auf 1700 bis 1900 Kalorien. Für Indien können selbst Optimisten nicht voraussagen, wann eine solche Ernährungslage einmal erreicht werden könnte.

China kennt keine *Arbeitslosigkeit*. Aus der Not des Kapitalmangels und unter dem Druck des Bevölkerungszuwachses hat China Konsequenzen gezogen, die an sich die indischen Wirtschaftstheoretiker aufgrund der gegebenen Bedingungen auch hätten ziehen müssen, nämlich Kapital durch Arbeit, wo nur immer möglich, zu ersetzen, denn beide Länder besaßen ungenutzte Arbeitskraft in Übermaß, nicht aber Kapital. In den Industrieländern sind die Verhältnisse meist genau umgekehrt, die Arbeitskräfte sind rar und nicht das Kapital, weshalb man den Faktor Arbeit durch höheren Kapitaleinsatz einspart. Aber in Ländern wie China und Indien, wo es mehr offene Arbeitslosigkeit als besetzte Stellen gibt, ist Arbeit der Faktor, der nicht eingespart, sondern der zur maximalen Anwendung gebracht werden muß. Bei rationaler Organisation können Kapitalmangel und große Arbeitslosigkeit niemals zusammen auftreten, wie das Beispiel Chinas beweist.

Da ein maximaler Arbeitseinsatz zwecks Kapitaleinsparung zwangsläufig zu einem niedrigen Stand der Technik führen muß, ist in der Tat der technische Fortschritt in China im Vergleich zu seinem Produktionsvolumen gemessen an den Maßstäben der westlichen Industriestaaten gering. In China wird nach dem fundamentalen Grundsatz gearbeitet, zuerst die Ausnutzung des vorhandenen Potentials bis zum äußersten, dann die Rationalisierung durch Anwendung höherer Techniken. Das Resultat ist, daß in China vergleichsweise weniger hochmoderne Anlagen entstanden sind, das Land aber auch nicht in einen modernen und einen traditionellen Sektor zerfallen ist und keine Arbeitslosigkeit herrscht. Einen Hinweis darauf, in welchem Umfang die wissenschaftliche Forschung und deren technische Anwendung in China fortgeschritten sind, liefern die folgenden Daten: 1966 gelingt es zum erstenmal in der Geschichte chinesischen Wissenschaftlern, Insulin synthetisch herzustellen. China schaffte aus eigener Kraft die Entwicklung von Kernwaffen.

Indien besitzt einige hochmoderne Anlagen und in der Regel nur kapitalintensive Betriebe. Es mußte dafür aber den Preis bezahlen, daß die Gesellschaft in zwei Sektoren, den modernen und traditionellen, zerfiel, zwischen denen so gut wie keine Kommunikation mehr möglich ist. Der moderne Sektor umfaßt nur eine kleine Minderheit, die große wirtschaftliche Fortschritte erzielt. Der traditionelle Sektor, der die größte Mehrheit ausmacht, wird nicht nur ärmer, er ist auch von der modernen Entwicklung völlig ausgeschlossen. Verantwortlich für diese Situation ist die Entscheidung der indischen Wirtschaftspolitiker, von Beginn an den höher entwickelten Techniken den Vorrang zu geben, was naturgemäß höhere Investitionen erforderte. Grund für diese Entscheidung war erstens die Meinung, daß auf lange Sicht arbeitsintensive Anlagen nicht wettbewerbsfähig seien, zweitens das geringe Potential an qualifizierten Arbeitskräften und drittens die gefürchtete Instabilität der Arbeitskräfte. Das letztere Argument wurde von den westlichen Ethnologen und Soziologen durch ihre Anekdoten über die Schwierigkeiten, die Menschen in den unterentwickelten Gebieten an regelmäßige industrielle Arbeit zu gewöhnen, geliefert.

Als Indien unabhängig wurde, waren 85 bis 90 % seiner Bevölkerung *Analphabeten*, heute etwa 60 %. Auch China hatte 1949 mehr als 85 % Analphabeten, heute nur noch 40 %. Die Prozentzahlen sehen viel spektakulärer aus als sie wirklich sind, denn ein großer Teil der bei der Unabhängigkeit gezählten Analphabeten lebt nicht mehr. Für Indien fällt der Vergleich noch negativer aus, wenn man berücksichtigt, daß in China alle Personen unter 40 Jahren Lesen und Schreiben lernen mußten. In Indien dagegen hat selbst die jüngere Generation die Freiheit, nicht Lesen und Schreiben zu lernen. In Indien werden Hochschulen und Schulen nur von den Angehörigen der privilegierten Schichten besucht, in China dagegen ist der Besuch von Lehrinrichtungen keine Frage der sozialen Privilegierung mehr, sondern eine Frage der Eignung. Ein Vergleich der regelmäßig in Indien stattfindenden Studentenunruhen mit der chinesischen Kulturrevolution, die auch von Studenten getragen wurde, zeigt deutlich 'den Unterschied in den Wertvorstellungen. Indische Studenten demonstrieren zu dem Zweck, mehr Vorteile für sich und die eigene Gruppe auszuhandeln, etwa Prüfungserleichterungen, oder aus Animosität gegenüber einigen Lehrern. In China demonstrierten die Studenten während der Kulturrevolution für die Kontrolle der etablierten Kaderfunktionäre, um so die Revolution permanent zu machen. Den chinesischen Studenten ging es nicht um eigene Vorteile, um Vorteile für die eigene Gruppe, die eigene Familie und Gemeinde, sondern um die Gestaltung der Gesellschaft. Ein solches Handeln setzt Lernprozesse voraus, die durchzumachen, die indischen Studenten keine Gelegenheit gehabt haben. Sie wachsen in einer Gesellschaft auf, in der Korruption, Vetternwirtschaft, Übervorteilung anderer usw. praktisch der nationale Lebensstil geworden sind. Die Zeit, in der ein indischer Minister zurücktrat, weil ein hoher Beamter seines Ministeriums Bestechungsgelder angenommen hatte, sind schon lange vorbei. Der ehemalige Finanzminister und stellvertretende Ministerpräsident Indiens hat mehrere Wochen das Parlament beschäftigt, weil sein Sohn als Privatsekretär des Ministers in viele dunkle Geschäfte verwickelt war. Erstaunlich ist, daß Desai nicht aus diesem Grund zum Rücktritt gezwungen wurde, sondern wegen einer sachlichen Kontroverse über die Verstaatlichung der indischen Großbanken. Solche Beispiele können die jüngere indische Generation kaum für Gemeinschaftsinteressen begeistern und zu einer gemeinschaftlichen Orientierung sozialisieren.

Außenpolitisch besaß Indien vom Tage seiner Unabhängigkeit ab bis 1962 ein hohes Ansehen in der ganzen Welt. In Indien selbst war man stolz darauf, die größte Demokratie der Welt zu sein. In der Ära des kalten Krieges besaß Indien durch seine Politik der Bündnislosigkeit viel außenpolitische Beweglichkeit. China erschien während dieser außenpolitischen Glanzperiode Indiens als der böse Mann in der internationalen Politik. Nach 1962 büßte Indien sein außenpolitisches Prestige nach und nach ein. China wurde in der internationalen Politik ein immer wichtigerer Faktor, ganz gleich unter welchem Vorzeichen.

VI

Wenn nun anhand der berichteten Fakten *Bilanz* gezogen werden soll, so wird deutlich, daß diese Bilanz für Indien sehr negativ ausfällt. Das indische Experiment, auf kapitalistisch-demokratischem Weg die Probleme des Landes zu lösen, droht zu scheitern, wenn man es nicht bereits heute als gescheitert bezeichnen will. Es gibt nicht wenige Stimmen, auch im westlichen Lager, die die Schuld dafür der formalen Struktur der kapitalistischen Demokratie geben. Würde man diese Stimmen akzeptieren, so hieße das, daß das kapitalistisch-demokratische System an sich für die Bewältigung der indischen Probleme untauglich sei, daß das indische Experiment deshalb scheitern mußte. Das würde auch bedeuten, daß das Maximum dessen, was innerhalb des kapitalistisch-de-

mokratischen Systems überhaupt erreicht werden konnte, in Indien erreicht wurde. Die Akzeptierung der oben gemachten Proposition impliziert, daß weder das Fehlen einer politischen und wirtschaftlichen Perspektive noch das Fehlen eines moralischen und politischen Engagements seitens der indischen Führung für dieses Versagen eine Rolle gespielt haben. Ich meine, diese Schlußfolgerung ist falsch. Nicht das System als solches allein hat das indische Experiment scheitern lassen, sondern auch Faktoren, die keinem politischen System immanent sind, nämlich moralisches Engagement sowie eine weitreichende Perspektive der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung. Ich meine ferner, daß, würde die indische Führung nach China verpflanzt, und würde sie dort genauso handeln wie sie in Indien handelt, so würden in China in wenigen Jahren indische Verhältnisse geschaffen sein. Und umgekehrt, die chinesische Führung könnte in Indien chinesische Verhältnisse schaffen. Die chinesische Führung unterscheidet sich von der indischen dadurch, daß sie eine Phase hat durchlaufen müssen, in der sie außerhalb der bestehenden Gesellschaft und der wirtschaftlichen Ordnung lebte. Diese Phase hat ihr ein ganz anderes moralisches Engagement gegenüber ihrer politischen Perspektive vermittelt, das offenbar der indischen Führung in englischen Gefängnissen nicht vermittelt wurde. Die indische Führung begann unmittelbar nach der Unabhängigkeit sich für ihre in den Gefängnissen gebrachten Opfer selbst zu entschädigen. Die chinesische Führung hat für ihre Isolation nie eine Belohnung kassieren wollen. Ihre Belohnung war die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

In China waren zwei Faktoren für den Erfolg entscheidend: die Integrität der politischen Führung und die Partizipierung aller Menschen an den wirtschaftlichen Prozessen. Genau diese beiden Faktoren fehlten in Indien, und ihr Fehlen führte zum Mißerfolg. Die politische Führung Indiens war zum großen Teil nicht integer. Viele waren in die Politik gegangen, nicht um bei der Lösung der nationalen Probleme zu helfen, sondern um durch die Politik leichter zu Wohlstand zu kommen. Symptomatisch für diese Einstellung ist der Parteienwechsel von Abgeordneten nach der Wahl, sowie der steigende Lebensstandard der kleinen Oberschicht. Die indische Führung hat sich unfähig gezeigt, die Bevölkerung für die Entwicklung des Landes zu interessieren. Man gefiel sich zu sehr in der Rolle der Musterdemokratie, als daß man gewagt hätte, auch durch ein gewisses Maß an Zwang eine Umerziehung zu versuchen. Zwang hielt man für schlechthin inhuman, während man gleichzeitig zusah, wie große Teile der Bevölkerung an Unterernährung starben. Ganz davon abgesehen, daß noch kein Erziehungssystem ohne ein gewisses Maß an Zwang ausgekommen ist. In einem Land wie Indien, wo die Menschen lange Zeit nur in der einen Richtung sozialisiert wurden, nämlich an sich selbst zu denken, kann ohne Zwang, ohne radikale Umstrukturierung, nicht erwartet werden, daß die Menschen ihre verinnerlichten Normen und Wertvorstellungen und die sich daraus ergebenden Verhaltensgewohnheiten aus Einsicht ändern. Einsicht setzt schon wieder Lernprozesse voraus, die zu vollziehen, der einzelne angehalten werden muß. Ohne die chinesische Methode zu bewerten, muß doch festgehalten werden, daß der chinesischen Führung dieser Umerziehungsprozeß gelungen ist. Ich halte es deshalb für falsch, aus dem Scheitern des indischen Experiments und aus dem Erfolg des chinesischen Experiments den Schluß zu ziehen, daß nunmehr Indien und andere unterentwickelte Länder das chinesische Beispiel Kontur für Kontur kopieren müßten. Notwendig ist vielmehr, das chinesische Experiment zu studieren, von der konkreten Situation zu abstrahieren und daraus die Lehre zu ziehen, daß es notwendig ist, die gesamte Bevölkerung an die nationalen Aufgaben heranzuführen. Diese Aufgabe erfordert das Suchen nach neuen Methoden, die für jedes Land anders aussehen und auch völlig anders als die chinesischen ausfallen können. Nur müßte jetzt damit begonnen werden, wenn ein Erfolgsvergleich zwischen Indien und China nach zwanzig weiteren Jahren für Indien weniger kläglich ausfallen soll.